

Electric Lighting Company begann, konzentriert sich inzwischen auf die Entwicklung der Freizeit- und Unterhaltungsindustrie Macaus. Melco und PBL wollen 8 Mrd. HK\$ (1,03 Mrd. US\$) in das Projekt in Cotai, dem aufgeschütteten Landgebiet zwischen Macaus beiden Inseln Coloane und Taipa, investieren. Dort entsteht in Anlehnung an den „Las Vegas Strip“ auch der „Cotai Strip“ mit dem Venetian-Kasinohotel als Flaggschiff. (Die erste Phase eröffnet 2007.) Die „City of Dreams“ umfasst eine Unterhaltungsanlage mit einem Unterwasser-Kasino (450 Tische, 3.000 Automaten), drei Hotels mit zusammen 2.000 Zimmern, zwei Apartment-Blocks, ein Theater mit 4.000 Plätzen und ein Einkaufszentrum. Der Komplex soll Mitte 2008 fertig sein, Baubeginn ist die 2. Hälfte 2005. Nach den Vertragsbedingungen des Joint Ventures wird Melco 60% und PBL 40% halten. Das neue Projekt ist ihr drittes Unternehmen. Die beiden Partner investieren 1,5 Mrd. HK\$ in Macaus erstes 6-Sterne-Hotel, das Hotelcasino Park Hyatt auf Taipa, und die wachsende Mocha-Spielhallenkette.

„Macaus Kasinokönig“ Stanley Ho gab am 3. Mai die Pläne für das Megaprojekt „Oceanus“ mit dem größten Kasino Macaus bekannt. Der 450 m lange Multi-Funktions-Komplex in Form eines Schiffsvorderdecks, der sich über drei Gebäudblocks erstreckt, soll im Äußeren Hafen am Fährterminal entstehen. Die Anlage besteht aus einem 180 m hohen Turm mit Büros und 800 Apartments sowie einem 6-Sterne-Hotel mit 600 Zimmern, Einkaufszentrum und Theater. Architekt ist der umstrittene französische Architekt Paul Andreau, der auch das Nationaltheater in Beijing entworfen hat. Oceanus wird voraussichtlich 6,2 Mrd. HK\$ (620 Mio. Euro, 795 Mio. US\$) kosten. Die Bauarbeiten beginnen im April 2006 und sollen 2009 beendet sein.

eSun Holdings, ein in der Medien- und Unterhaltungsindustrie tätiges Unternehmen mit Sitz in Hongkong, hat den Zuschlag für einen Komplex in Cotai bekom-

men, der ein TV-Studio, Hotels, mindestens ein Kasino, Wohnungen, Konzerthalle sowie ein Kongress-, Ausstellungs- und Einkaufszentrum umfasst. Voraussichtliche Kosten: 3 Mrd. HK\$, Grundstücksanalysten schätzen die Gesamtinvestitionen auf über 5 Mrd. HK\$. Der Bau soll Ende des Jahres beginnen. Für die Fertigstellung der ersten Phase mit einem Hotelcasino und Einkaufszentrum sind drei Jahre veranschlagt.

Infolge der neuen Großprojekte wird ein riesiger Bedarf an Humanressourcen bestehen. Der Direktor des Amtes für Arbeitsangelegenheiten Shuen Ka-hung schätzt, dass die Hotelkasinos zusätzlich 80.000 Arbeitsplätze schaffen werden. Andere Schätzungen gehen von 120.000 Jobs aus. Kasinos müssen in erster Linie Ortsansässige anstellen. Doch das Personal fehlt, und die Regierung schränkt den Import von Arbeitskräften stark ein. Ende März 2005 gab es nur 28.648 fremde Arbeiter in Macau, 55% davon Festlandchinesen. Die Arbeitslosenquote war mit 4,1% bei 240.000 Erwerbspersonen im 1. Quartal 2005 marginal. Die Rufe aus der Geschäftswelt nach einer Lockerung der Restriktionen werden immer lauter. Infolge des Arbeitskräftemangels müssen Kasinobetreiber schon Entwicklungspläne verlangsamen. Stanley Ho schlägt vor, die Zahl der Arbeitskräfte zu verdoppeln, indem man in den nächsten zehn Jahren 200.000 Personen, vor allem aus Hongkong, hereinlässt. Ein weiteres Problem sprachen jüngst Mitglieder der Legislativversammlung an: die Unterlizenzen. Sie sind über den wachsenden Trend bei den Kasino-Lizenzinhabern beunruhigt, ihre Rechte an Subunternehmer zu vergeben. Auch sind sie besorgt, dass die Regierung nichts unternehmen könnte, wenn die Eigentümerschaft einer Gesellschaft aufgrund von Veränderungen bei den Anteilen wechseln sollte, da der Regierung die rechtlichen Mittel fehlten, die an der Hongkonger Börse gehandelten Glücksspielgesellschaften zu kontrollieren. SJM sowie Wynn Resorts (Macau) Ltd. und Galaxy Casino Company Ltd.

bekamen 2002 die drei Volllizenzen für den Glücksspielbetrieb in Macau. Unterlizenzen haben The Venetian, PBL und MGM Mirage. Wirtschafts- und Finanzminister Francis Tam gestand ein, dass das Entwicklungstempo des Glücksspielmarktes viel schneller sei als von der Regierung angenommen. Deshalb sei die Consultingfirma PriceWaterhouseCoopers aufgefordert worden, die Gesamtsituation der Branche in Macau zu evaluieren. Jedenfalls sei es oberstes Ziel der Regierung, die bestehende Kasinoindustrie zu nutzen, um die Diversifizierung der Wirtschaft voranzubringen, damit sie ihre nachhaltige Entwicklung fortsetzen könne. ([www.macau.org.uk](http://www.macau.org.uk), 18., 26.-28.5., 1., 2.6.05; SCMP, 4., 13.5., 1., 2.6.05; TS, 29.4., 13., 17., 18.5., 1., 2.6.05; PD, 17.5.05; *Welt am Sonntag*, 28.11.04; <http://www.hotelnewsresource.com/article16077.html>, 20.4.05)

---



---

## Taiwan

Hans-Wilm Schütte

---



---

### 50 Wahl zur Nationalversammlung: Erfolg fürs „grüne Lager“

Am 14. Mai wählte Taiwan eine Nationalversammlung (NV). Dieses Relikt aus Zeiten, als die Kuomintang (KMT) noch von Nanjing aus ganz China regierte, ist seit einer Verfassungsänderung im April 2000 kein ständiges Gremium mehr. Es wird nur gebildet, wenn der Legislativ Yuan als das eigentliche Parlament Verfassungsänderungen oder die Entfernung des Präsidenten aus dem Amt intendiert, und dann ist seine Aufgabe ausdrücklich auf den vorher festgelegten Zweck begrenzt. Dieses Mal geht es um Verfassungsänderungen, auf die sich die großen Parteien bereits geeinigt haben (vgl. C.a., 2004/8, Ü 33):

- die Verkleinerung des Parlaments auf die Hälfte der Sitze;
- die Modernisierung des Wahlsystems;

- die Abschaffung der NV;
- die Regelung von verfassungsrelevanten Plebisziten.

Angesichts der begrenzten Aufgaben und der Tatsache, dass die NV nur noch absegnen wird, was die Parteien bereits beschlossen haben, war der ansonsten übliche Wahlkampf weitgehend ausgefallen, und das öffentliche Interesse an der Wahl war gering. Eine politische Bedeutung erhielt die Wahl vielmehr als Stimmungsbarometer nach den Besuchen der Oppositionschefs Lien Chan (Lian Zhan) und James Soong (Song Chuyu) auf dem Festland und den Gesprächen, die sie in Beijing führten (s. „Im Fokus“ in diesem Heft).

**Ergebnisse der Wahl zur Nationalversammlung**

Partei	Stimmanteil (%)	Sitze
DPP	42,52	127
KMT	38,92	117
PFP	6,11	18
TSU	7,05	21
andere	5,40	17
Summe	100,00	300

Quelle: CNAT, nach BBC PF, 14.5.05.

Demnach verfügen die zwei größten Parteien zusammen über mehr als 80% der Sitze, sodass sie die Verfassungsänderungen ohne Rücksicht auf die kleineren Parteien beschließen können, die diese Änderungen zum Teil ablehnen.

**Stimmanteilsveränderungen gegenüber der Wahl zum Legislativ Yuan (LY) im Dezember 2004**

Partei	LY 2004	NV 2005	+/-
DPP	35,72	42,52	+6,80
KMT	32,83	38,92	+6,09
PFP	13,90	6,11	-7,79
TSU	7,79	7,05	-0,74
andere	9,67	5,40	-4,27

Für 2004 vgl. C.a., 2004/12, S. 1319.

Demnach konnten einzig die zwei großen Parteien zulegen, während alle anderen Gruppen Stimmen verloren. Dramatisch war vor allem der Stimmenverlust der PFP: Sie büßte mehr als die Hälfte ihres Anteils ein und fiel damit noch unter den Anteil der TSU.

Anhand der Stimmenwanderungen kann man vermuten, dass das Plus bei der KMT ausschließlich auf eine Abwanderung von der PFP zurückzuführen ist. Für diese kleinere der zwei Parteien im „blauen“ Lager rächte sich offenbar der Annäherungskurs, den ihr Vorsitzender James Soong im Februar und März gegenüber der Regierung vollzogen hatte (vgl. C.a., 2/2005, Dok 46). Allerdings scheint ein Teil der PFP-Wähler der Wahl überhaupt ferngeblieben zu sein. Das Prestige, das Soong der Besuch in Beijing verlieh, wo er, ebenso wie Lien Chan zwei Wochen zuvor, von der kommunistischen Parteiführung hofiert worden war, war in seiner Anhängerschaft wie in der taiwanischen Bevölkerung überhaupt, anscheinend wirkungslos verpufft. Damit kündigt sich das Ende dieser Partei an, die sich programmatisch kaum von der KMT unterscheidet. James Soong hat bisher verhindert, dass sich die Partei als ganze der KMT anschließt. Sollte er dabei bleiben, werden immer mehr Mitglieder individuell dorthin wechseln.

Aber auch Lien Chan konnte durch seine Chinareise seiner Partei, der KMT, offenbar bei weitem nicht so viel Unterstützung sichern, wie allgemein erwartet worden war. Angesichts der spektakulären Reisen und des Medienrummels um die Oppositionsführer schien dem „blauen“ Lager ein Wahlerfolg beinahe sicher zu sein. Der Vorsitzende der DPP, Su Tseng-chang (Su Zhenchang), hatte vorsichtshalber sogar schon mal seinen Rücktritt angekündigt, wenn die erwartete Wahlschlappe zu heftig ausfiel. (CNAT, nach BBC PF, 14.5.05; TT, 15.5.05; ST, 16.5.05) Doch Taiwans Wähler reagierten anders und schwächten das „blaue“ Lager, während sie das „grüne“ aus DPP und TSU bis nahe an die absolute Mehrheit brachten.

Lager	LY 2004	NV 2005	+/-
grünes	43,51	49,57	+6,06
blaues	46,73	45,03	-1,70

Hatte Präsident Chen Shui-bian die Stimmung in der Bevölkerung im letzten Jahr bei seinen Wahlkämpfen noch als zu protaiwanisch eingeschätzt und damit insbesondere den Wahlsieg im Dezember verspielt, machte nun die Opposition den gleichen Fehler in der anderen Richtung: Sie überschätzte eine mögliche Chinabegeisterung und wurde von der politischen Mitte, die nach wie vor auf den Status quo setzt, entsprechend abgestraft. Weniger klar ist, worauf das Plus bei der DPP zurückzuführen ist, denn Präsident Chens wankelmütige Politik strahlt nicht sonderlich große Überzeugungskraft aus. Am ehesten darf man einen Solidarisierungseffekt vermuten, der sich in Taiwan schon oft eingestellt hat, wenn Beijing glaubte, die Meinungsbildung auf der Insel steuern zu müssen, sei es durch Interventionsdrohungen, sei es, wie nun der Fall, durch eine Umarmungstaktik.

Eine weitere wichtige Beobachtung bei der Wahl war die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung von 23,4%. (TT, 15.5.05) Einen Teil der Schuld daran wurde heftigen Regenfällen am Wahltag gegeben, die vor allem den Norden der Insel trafen. Als ein zweiter Faktor darf die Tatsache gelten, dass sich die großen Parteien in der Sache bereits geeinigt hatten, sodass der Wahlausgang praktisch von geringer Bedeutung war. Da eine niedrige Wahlbeteiligung (im Bereich von 40%) bereits prognostiziert worden war, hatte die Wahlkommission die Wahl sogar mit einer Lotterie verknüpft: Wer seine Stimme abgab, konnte bis zu 1 Mio. NT\$ (ca. 26.000 Euro) gewinnen. (ST, 14.4.05) Dass der Rückgang der Wahlbeteiligung die schlimmsten Befürchtungen aber noch übertraf, muss als weiterer Beweis für die Politikverdrossenheit gelten, die schon bei den Parlamentswahlen vom letzten Dezember zu konstatieren war (vgl. C.a., 2004/12, S. 1317-1323).

## 51 Präsident Chen besucht die Trauerfeier für Papst Johannes Paul II

Der Tod von Papst Johannes Paul II bescherte Taiwans Präsidenten Chen Shui-bian im April einen unerwarteten Auftritt in der politischen Weltelite, als ihm von Italien wider Erwarten die Einreise erlaubt wurde, um an den Trauerfeiern teilzunehmen. Es war seit Gründung der Republik China 1912 überhaupt die erste Europareise eines amtierenden Präsidenten dieses nunmehr auf Taiwan und ein paar zusätzliche Inseln reduzierten und international isolierten Staatswesens, das in Europa einzig vom Vatikan anerkannt wird.

Taiwan profitierte hier von den Lateranverträgen von 1929, die allen Staaten Zugang zum Vatikan gewähren, selbst wenn diese mit Italien Krieg führen. Auch wenn Italien Taiwan nicht als Staat anerkennt, hatte die italienische Regierung offenbar wenig rechtlichen Spielraum, Chen Shui-bian und andere Vertreter Taiwans die Durchreise zu den Trauerfeiern zu verweigern, zumal diese auf vatikanischem Boden stattfanden. Allerdings waren zwei halbe Übernachtungen in römischen Hotels nötig.

Dass es Taiwans Präsidenten möglich sein würde, persönlich an den Trauerfeiern teilzunehmen, war zunächst keinesfalls klar. Erst als Präsident Chen am 5. April in der vatikanischen Botschaft in Taipeh kondolierte, erhielt er durch den Chargé d'affaires eine entsprechende Einladung. Dann ging alles sehr schnell: Präsident Chen sowie Außenminister Mark Chen (Chen Tangshan) erhielten am Nachmittag des 6. April ihr italienisches Einreisevisum und am Nachmittag des 7. April hob ihre Chartermaschine Richtung Rom ab, wo sie am Morgen des 8. April um 2 Uhr Ortszeit eintrafen – acht Stunden vor Beginn der Trauerfeier. Zu ihrer fünfzigköpfigen Entourage gehörte unter anderem der Imam von Taipeh. Insgesamt hielt sich die Delegation nur 19 Stunden im Vatikan bzw. in Rom auf, ehe sie ihren Rückflug antrat. Immer-

hin blieb noch Zeit für ein Essen mit taiwanfreundlichen Abgeordneten des italienischen Parlaments sowie für eine kleine Stadtrundfahrt. (TT, 5.2., 8.2.05; CNAT, nach BBC PF, 7.4.05; SCMP, 10.4.05)

Erwartungsgemäß musste sich die italienische seitens der chinesischen Regierung Proteste anhören. Beijing verzichtete wegen der Präsenz des taiwanischen Präsidenten darauf, eine Delegation zu den Trauerfeiern zu schicken. (ZXS, nach BBC PF, 8.4.05; NZZ, 9.4.05)

In Taiwan wurde die Reise als großer diplomatischer Erfolg gefeiert. Chens Auftritt unter 200 Staatsoberhäuptern aus aller Welt bot Taiwan zweifellos reichlich Genuß in Anbetracht der Erniedrigungen, die einzustecken das politische Taipeh sonst stets gewärtig sein muss. Chen habe sogar mit US-Präsident Bush sowie mit Expräsident Clinton Worte gewechselt. (CNAT, nach BBC PF, 8.4.05) Tatsächlich fand Chens Präsenz in vielen internationalen Medien Beachtung. (SCMP, 10.4.05) Es wird jedoch bei dem einmaligen Prestigeeffekt bleiben. Eine allgemeine Stärkung von Taiwans Position kann von dem Besuch nicht ausgehen.

Auch ist die Zukunft der taiwanisch-vatikanischen Beziehungen dadurch nicht sicherer geworden. Aufsehen erregte vor allem eine Nachricht aus Hongkong, wo Bischof Joseph Zen Ze-kun (Chen Rijun) erklärte, die Entscheidung sei im Prinzip bereits gefallen: Sobald es dem Vatikan gelänge, die strittigen Fragen mit Beijing zu klären – vor allem, was die Bestellung von Bischöfen durch Rom angeht –, werde man die Beziehungen mit Taiwan abbrechen. (SCMP, nach BBC PF, 5.4.05) Bischof Zen bestätigte diese Aussage später erneut; es handelt sich dabei offenbar nicht nur um seine persönliche Einschätzung. (RTHK Radio 3 audio website, nach BBC PF, 20.5.05)

Es gibt keinen Grund, die Glaubwürdigkeit von Bischof Zens Äußerungen zu bezweifeln. Andererseits allerdings sind die religionspolitischen Gegensätze zwischen dem

Heiligen Stuhl und Beijing so erheblich, dass eine Einigung noch in weiter Ferne liegen dürfte. Insofern hatte Außenamtssprecher Michel Lü (Lü Qinglong) kaum minder Recht, als er erklärte, die Beziehungen zum Vatikan seien auch weiterhin sicher. (CNAT, nach BBC PF, 19.4.05)

## 52 Taiwan entwickelt Mittelstreckenraketen – Ende der reinen Defensivstrategie?

Schon im letzten Jahr hatte der damalige Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) offen über einen Wechsel in Taiwans Sicherheitsstrategie gesprochen: Weg von der reinen Verteidigung hin zu mehr Abschreckung (vgl. C.a., 2004/9, Ü 33). Dazu müsste Taiwan entsprechende Offensivwaffen besitzen. Dabei handelt es sich um ballistische Mittelstreckenraketen mit über 1.000 km Reichweite. Damit könnte Taiwan beispielsweise Shanghai und die mittelchinesische Industriestadt Wuhan treffen. Ein Parlamentsabgeordneter der Regierungspartei DPP erklärte, die Rakete sei bereits erfolgreich getestet worden, und man nähere sich dem Beginn der Serienproduktion. (CNAT, nach BBC PF, 3.5.05) Verteidigungsminister Lee Jye (Li Jie) dementierte das Gerücht nicht, sondern erklärte auf Befragen, die Armee tue „alles, um das Land zu schützen“. Damit kann es als gesichert gelten, dass Taiwan in Zukunft zur Landesverteidigung auch auf Abschreckung setzen wird. Die Entwicklung war in gewissem Sinne unausweichlich, da reine Abwehrwaffen kostspielig in den USA gekauft werden müssen, was stets mit einem politischen und einem Haushaltsrisiko verbunden ist. Der letztere Punkt ist in Taiwans derzeitiger Lage besonders virulent, da die Opposition entsprechende Käufe mit ihrer Parlamentsmehrheit seit langem blockiert. Ballistische Raketen zu entwickeln stellt dagegen kein solches technisches Problem dar, zudem kann die Serienproduktion im Lande selbst erfolgen, und der Abschreckungseffekt ist gut, zumindest solange die Gegenseite noch

nicht über eine entsprechende Abwehr verfügt.

Einem Mitarbeiter des Sun-Yatsen-Instituts für Wissenschaft und Technologie zufolge hat Taiwan aber die bestehenden Entwicklungsprobleme noch nicht alle gelöst. Vor allem fehle es für die Zielgenauigkeit noch an der nötigen Technik. Mit anderen Worten: Fliegen können die Raketen schon, aber ob sie auch treffen, ist fraglich. (TT, 3.5.05)

Bei den Raketen geht es allerdings nicht nur um ein technisches, sondern auch um ein politisches Problem: Mit einer entsprechenden Vergeltungsstrategie würde Taiwan den Rüstungswettlauf mit der Gegenseite verschärfen. Auch die Wechselwirkungen mit der amerikanischen China-Taiwan-Politik könnten für Taipei eher nachteilig sein.

### 53 Taiwan und die WHO: der Tragödie neuester Akt

Taiwans Antrag, bei der Weltgesundheitsorganisation WHO auf deren Generalversammlung WHA als Beobachter zugelassen zu werden, wurde Mitte Mai auf Betreiben Chinas zum neunten Mal in Folge abgelehnt. Erneut scheiterte das Ansinnen bereits am Generalkomitee der WHA, das nach immerhin dreistündiger Debatte entschied, Taiwans Antrag nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Von 54 Nationen sprachen sich 21 für den Antrag aus, 33 sprachen dagegen. Unter denen, die Taiwans Antrag unterstützten, waren auch zwei Staaten, die zu Taiwan keine diplomatischen Beziehungen unterhalten: die Fidschi-Inseln und Papua-Neuguinea. (TT, 17.5.05)

Wie schon in den letzten Jahren, erhielt Taiwan im Vorfeld wieder starke Unterstützung. Für Taiwans Anerkennung durch die WHO sprachen sich aus

- 45 französische Senatoren (TT, 9.4.05);
- die japanische Regierung (CNAT, nach BBC PF, 22.4.05);

- der Weltärztebund (CNAT, nach BBC PF, 1.5.05);
- das Unterhaus des belgischen Parlaments (CNAT, nach BBC PF, 5.5.05);
- das Unterhaus des philippinischen Parlaments (CNAT, nach BBC PF, 12.5.05);
- mehrere Verbündete: Belize, São Tomé und Príncipe (TT, 12.5.05).

Auch die USA unterstützten das Vorhaben, ergriffen jedoch für Taiwan nicht direkt das Wort (vgl. C.a., 2004/5, Ü 38).

Taiwans Forderung ist aus zwei Gründen nur recht und billig: Zum Ersten bekamen auch nichtstaatliche Organisationen einen Beobachterstatus zuerkannt; diesen Taiwan zu gewähren, würde also nicht die Anerkennung der Inselrepublik als Staat implizieren. Zum Zweiten kann die Weltgemeinschaft unter dem Gesichtspunkt der Seuchenvorsorge und Seuchenbekämpfung im eigenen Interesse weiße Flecken auf dem Globus keineswegs dulden – oder sollte sie zumindest nicht dulden. Taiwan ist aber die einzige Region weltweit, die trotz enger internationaler Verflechtungen (z.B. 21 Mio. Flugpassagiere jährlich) vom weltumspannenden Netz der Gesundheitsvorsorge und Seuchenkontrolle ausgespart bleibt. (CNAT, nach BBC PF, 20.4.05) Regierung und Opposition sind in Taipei in diesem Punkt einstimmig der Ansicht, dass dieser Zustand unhaltbar ist.

In diesem Jahr war die Situation für Taiwan noch einmal anders als in den Jahren zuvor: Unmittelbar vor der Zusammenkunft der WHA waren die taiwanischen Oppositionsführer Lien Chan und James Soong in Beijing gewesen. Als Lien Chan das WHO-Problem gegenüber Hu Jintao zur Sprache brachte, habe dieser angeboten, Taiwan könne der Organisation unter der Bezeichnung „Taiwan, China“ beitreten. Lien habe dies als für Taiwan nicht akzeptabel zurückgewiesen. Hu Jintao habe daraufhin gesagt, er möchte das Problem noch einmal überdenken. (SCMP, nach BBC PF, 2.5.05)

Gelöst wurde es (aus Beijinger Sicht) dann auf die Weise, dass China und die WHO Mitte Mai ein Memorandum unterzeichneten, in dem geregelt ist, wie und auf welche Weise ein „technischer Austausch“ zwischen der WHO und Taiwan erfolgen darf – natürlich mit dem Umweg über Beijing. Eine KMT-Abgeordnete, die sich in Genf aufhielt, um Taiwans Antrag auf Beobachterstatus bei der WHA zu unterstützen, äußerte, China habe gegenüber Chiang Pin-kun, Lien Chan und James Soong in dieser Frage viel guten Willen erkennen lassen, in Genf allerdings sei davon nichts zu spüren gewesen. (TT, 16.5.05)

Die Regierung in Taipei wies das Memorandum als inakzeptabel zurück, sofern damit Taiwans Status gemindert werden sollte. (TT, 16.5.05) Gesundheitsminister Hou Sheng-mou (Hou Shengmao) protestierte gegenüber der WHO, Taiwan sei vor der Unterzeichnung nicht um Zustimmung gebeten worden. (CNAT, nach BBC PF, 29.5.05)

In der Tat scheint das einzige Motiv Beijings für die Absprache mit der WHO darin bestanden zu haben, den neuen Antrag Taiwans an die WHA als unnötig und unbegründet erscheinen zu lassen. Beijing desavouierte so in gewissem Maße nachträglich die hohen Gäste, die man gerade erst mit allen Ehren empfangen und denen gegenüber man in dieser Frage ausdrücklich ein Entgegenkommen signalisiert hatte.

### 54 Nauru und Taiwan nehmen wieder diplomatische Beziehungen auf

Diplomatischer Erfolg für Taiwan: Am 14. Mai konnte die Inselrepublik erneut diplomatische Beziehungen mit dem pazifischen Ministaat Nauru (12.800 Einwohner) aufnehmen. Nauru hatte mit Taiwan bereits von 1980 bis 2002 volle diplomatische Beziehungen unterhalten, ehe ein Regierungswechsel in Nauru dazu führte, das dort der Alleinvertretungsanspruch Beijings anerkannt wurde (vgl. C.a. 2002/7, Ü 40).

Das Neuknüpfen der alten Freundschaft, zu Stande gekommen auf Initiative Naurus, besitzt für Taiwan natürlich einen gewissen Prestigewert angesichts der Tatsache, dass es auf der internationalen Bühne ohnehin weitgehend isoliert ist. Derzeit erkennen nur 26 Staaten Taiwan an.

Auch die Opposition begrüßte in Taibei diesen Schritt, warnte allerdings zugleich vor „Dollar-Diplomatie“. Es ist freilich ein offenes Geheimnis, dass Nauru verarmt und verschuldet ist. Naurus Präsident Ludwig Scotty gab denn auch zu, Nauru könnte demnächst taiwanische Finanzhilfe benötigen. (TT, 15.5.05)

### 55 Divergierende Einschätzungen von Taiwans Wettbewerbsfähigkeit

Das vom schweizerischen International Institute for Management Development herausgegebene *World Competitiveness Yearbook* ordnet Taiwan in diesem Jahr in einer Liste von 60 untersuchten Volkswirtschaften nach seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit auf den 11. Rang ein – und damit um einen Rang besser als im letzten Jahr. In Asien sind nur noch Hongkong und Singapur besser eingestuft (unmittelbar nach den USA, die den Spitzenplatz der Rangliste einnehmen). 2002 lag Taiwan noch an 20. Stelle. Seither hat es sich über den 17. und den 12. Platz stetig verbessert. Der Bewertung liegen vier Hauptkriterien zu Grunde: wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Verwaltungseffizienz, unternehmerische Effizienz und Infrastruktur. Diese werden wiederum in Einzelkriterien unterteilt.

Bei den vier Hauptkriterien macht Taiwan vor allem bei der unternehmerischen Effizienz eine gute Figur: Hierin verbesserte sich das Land vom 7. auf den 6. Rang im weltweiten Vergleich. Dagegen ging es mit der Verwaltungseffizienz abwärts: Von der 18. auf die 19. Position. Ein wichtiger Faktor hierfür war die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen, mit anderen Wor-

ten: Die Erhöhung der Staatsverschuldung.

Bei den 314 Einzelkriterien schneidet Taiwan am schlechtesten ab, was die Frage nach politischer Stabilität oder Instabilität angeht: Hier erreicht der Inselstaat nur die 55. Stelle. Die Gefährdung durch China spielt hierfür gewiss eine Rolle, das meiste dürfte aber hausgemacht sein – man denke an das Attentat auf den Präsidenten im März letzten Jahres, die teils gewalttätigen Demonstrationen, die der Präsidentenwahl folgten (mit Erstürmung des Wahlbüros und Mafiaunterstützung), den scharfen Konfrontationskurs der Opposition im Parlament und deren Versuche, Präsident Chens Wiederwahl juristisch anzufechten. (TJ, 27.5.05, S. 3)

Dem positiven Gesamteindruck setzten US-amerikanische Manager Ende Mai kritischere Töne entgegen. In einem Weißbuch der amerikanischen Handelskammer in Taibei benannten sie folgende Schwachpunkte: Hürden bei der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte – darunter amerikanischer Ingenieure –, Markenpiraterie in den Bereichen Agrarchemie und Pharmazie sowie ein Rückstand beim Aufbau einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung. Moniert wurde ebenfalls die Konfrontation von Regierungs- und Oppositionsparteien im Parlament, durch die wichtige Reformen verhindert würden. Zudem vollziehe sich für Taiwan statt einer Stärkung der globalen Integration eher eine Marginalisierung – eine Einschätzung, die auf das Fehlen direkter Verkehrs- und Handelsbeziehungen mit der VR China zielt.

Taiwan drohe mit diesen Mängeln gegenüber anderen asiatischen Staaten ins Hintertreffen zu geraten. Es sei allerdings noch nicht so weit, dass sich amerikanische Firmen aus Taiwan zurückzögen, wie der Präsident der Handelskammer betonte. (WSJ, 31.5.05)

Beide Befunde widersprechen einander nur scheinbar: Das *World Competitiveness Yearbook* bewertet den Ist-Zustand, das Weißbuch der Handelskammer hob neben einzelnen be-

stehenden Mängeln Gefahren für die weitere Entwicklung hervor. Tatsächlich erweist sich Taiwans Isolierung gegenüber dem Festland als immer gravierenderer Nachteil, je mehr sich China zu einem Angelpunkt der weltweiten Kapital- und Warenströme entwickelt. Die politischen Hindernisse für eine Änderung der Lage scheinen derzeit allerdings kaum überwindbar zu sein, und sie hängen nicht nur vom guten Willen der Regierung in Taibei ab.